



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

61. Sitzung (öffentlich)

5. November 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Rechtliche Zulässigkeit einer Überschuldung einzelner Kommunen
gemäß § 75 Abs. 7 GO** **5**
Vorlage 14/2052
– Hinzuziehung von Sachverständigen (dazu eingegangene
Stellungnahmen: 14/2170, 14/2173, 14/2174 und 14/2175)

- 2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-
Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im
Haushaltsjahr 2009** **40**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7002
Ausschussprotokoll 14/738

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/7002 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen an.

Als Berichterstatter benennt der Ausschuss Hans-Willi Körfges (SPD).

3 Gesetz zur Änderung aufsichtsrechtlicher, insbesondere sparkassenrechtlicher Vorschriften 41

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6831

In Verbindung damit:

Reform des Sparkassenrechts darf nicht zur Zerschlagung des Sparkassensystems in Nordrhein-Westfalen führen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/202

Ausschussprotokoll 14/720

Der Ausschuss gibt kein Votum ab.

4 Feuerwehr- und Polizeizulage müssen wieder ruhegehaltstfähig werden bzw. bleiben! 41

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6684

Ausschussprotokoll 14/710

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

5 Nordrhein-Westfalen muss aufwachen – Sirenenalarm! Die Bevölkerung muss bei Störfällen, Unglücken und Naturereignissen alarmiert werden 41

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/7676

Der Ausschuss kommt auf Bitte der SPD-Fraktion überein,
die Beratung zu vertagen.

6 NRW-Sozialticket einführen und durch Ausgleichsleistungen unterstützen – Mobilität für einkommensschwache Menschen sicherstellen!

42

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7644

In Verbindung damit:

Mobilität für alle – Sozialticket aktiv voranbringen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7664

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

Den Antrag der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss ebenfalls mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

7 Neue Stromnetze und AnwohnerInnenschutz verbinden - Höchstspannungsleitungen unterirdisch verlegen

42

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7675 (Neudruck)

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD ab.